

## **Aufruf: Solidarität mit Griechenland!**

Solidarität mit den Menschen in Griechenland ist Selbstschutz!

**Die EU-Politik ruiniert immer mehr die Lebensgrundlagen der Bevölkerung. Heute in Griechenland, morgen in Spanien und Italien und übermorgen bei uns.**

Spanien : Der Internationale Währungsfond (IWF) und die Zentralbank von Spanien sind sich einig: Härtere Arbeitsreformen, Erhöhung der Mehrwertsteuer und Sanierung der Staatsverschuldung durch „Sparen“.



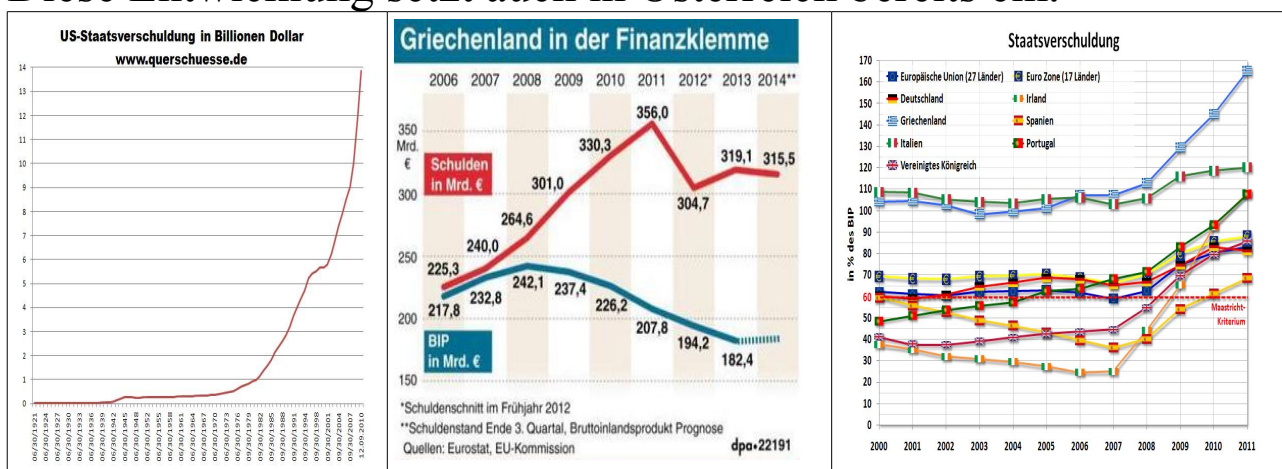
Abbildung 1: Die Folgen der EU-Politik

Spanier, 53 J.alt; Vater von 3 Kindern; ohne Einkommen u. ohne Wohnung;  
Das ist meine Situation; ich schwöre es bei Gott  
Wenn Du kannst sei solidarisch;  
Ich brauche Hilfe

„ Die Erwerbslosigkeit, auch die amtlich zugegebene ist erschreckend hoch. So bildete Andalusien im Jahre 2014 mit einer offiziellen Arbeitslosenquote von annähernd 36 Prozent das traurige Schlusslicht unter allen Regionen der Europäischen Union. In Katalonien betrug die Quote hingegen „nur“ knapp 17 Prozent. Auch wenn im Zentralbankbericht eine allgemeine Verbesserung der Arbeitsmarktlage im ganzen Land erwähnt wurde und die Arbeitslosenquote im Durchschnitt im vergangenen Jahr leicht gefallen sei, sprechen die Zahlen für sich: Noch immer sind fast 5,5 Millionen Spanier offiziell als Arbeitssuchende registriert, eine Quote von 23,7 Prozent. Es ist die zweithöchste in der gesamten EU nach Griechenland, und sie liegt um 15 Prozentpunkte höher als zu Beginn der Finanzkrise 2009. (Zitat:jw.de vom17.Juni)

**Eine Faktenanalyse zeigt: das Problem ist nicht Griechenland, das Problem ist die neoliberale Politik mit ihren Einsparungszwängen in ganz Europa!**

**Die Staatsverschuldung der USA ist wesentlich dramatischer als die Verschuldung Griechenlands. Fast alle europäischen Staaten haben eine ähnliche Verschuldungsentwicklung wie Griechenland. In Griechenland ist, seit die EU-Hilfsprogramme zwangsweise durchgesetzt werden, das BIP (Bruttoinlandsprodukt) gesunken. Diese Entwicklung setzt auch in Österreich bereits ein.**



**Es sind nicht die „faulen Griechen“, die die Krise verursachen – es ist die falsche, neoliberale Politik der EU!**

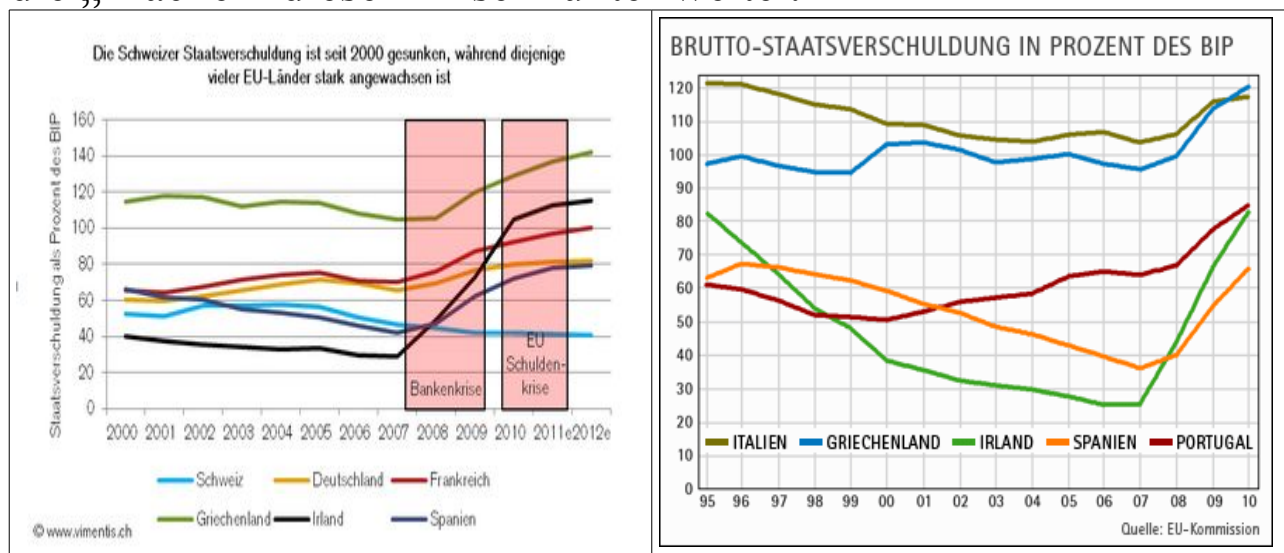
Die Leidtragenden dieser verfehlten Politik sind die lohnabhängigen Menschen in Griechenland.

„Die Bruttoeinkommen der privaten Haushalte in Griechenland sind von 2008 bis 2012 um ein knappes Viertel gesunken und für fast die Hälfte des Rückgangs sind Lohnkürzungen verantwortlich. Bei der unteren Einkommenshälfte stieg die Steuerlast im Verlauf der Krise um 337 Prozent. Bei der oberen Hälfte nahm sie dagegen nur um 9 Prozent zu. Insgesamt hat 2012 fast jeder dritte griechische Haushalt mit einem Jahreseinkommen von weniger als 7000 Euro auskommen müssen“ (FCH: FaktenCheck:HELLAS, Nr. 2, 2015)

Dies alles geschieht unter dem Diktat der EU-Troika! Die Milliarden an „Hilfsgelder“ der EU dienen in erster Linie den Banken in Deutschland, Frankreich und in den Niederlanden. Bei der griechischen Bevölkerung kommt von den Geldern NICHTS an!

„Ja, Griechenland wird auch eine Mitschuld an der Krise im eigenen Land nachgesagt: „Korruption, Vetternwirtschaft, Bürokratie-Wahnsinn. Reiche und Superreiche, die keine Steuern zahlen – all dies muss die neue Regierung angehen. Aber dass am Ende die bezahlen müssen, die am wenigsten dafür können, dürfen wir einfach nicht zulassen!“ (FCH Nr. 2, 2015)

Dass hier kein „Griechisches Problem“ vorliegt, sondern eine neoliberale „Plünderung“ kann am Verlauf der Staatsverschuldungen abgelesen werden. Die „Bankenkrise“ wurde überall – außer in der Schweiz – auf Kosten der Bevölkerung gelöst – und nun machen die „Macher“ dieser Krise munter weiter.



Wie auch aus obiger Statistik zu sehen ist: Der Vorgang betrifft ALLE Staaten der EU! Am dramatischsten ist die Entwicklung in Irland.

Wenn die absolute Staatsverschuldung betrachtet wird, hat Griechenland ungefähr die Dimension von Italien. In Griechenland „erprobt“ der neoliberale Geldadel zur Zeit nur, wie weit er gehen kann. Klappt das gut mit dem Kassieren, kommen alle anderen EU-Staaten dran. EZB-Chef Mario Draghi schafft schon die Rahmenbedingungen für die Bürgerplünderung.

Griechenland – Portugal – Kärnten;(wie heißt das System „Hypo“ in Griechenland?) Auch Kärnten ist den Mechanismen der Erpressung ausgesetzt. Mit Kärnten ist das Gespenst in Österreich aber nicht eingegrenzt. Fast ALLE Bundesländer (Ausnahmen sind Tirol und Oberösterreich) haben ihre Haftungen, die sie für die Wirtschaftstreibenden eingegangen sind, weit unter dem tatsächlichen Wert angegeben.

Es werden nun völkerrechtlich bindende Schuld-Titel aufgebaut, die später nur mehr schwer aufkündbar sind.

## Was wäre zu tun?

- Möglichst rasch in allen europäischen Ländern eine, der Syriza ähnlichen Linksblock bilden
  - Keine Stimme mehr an Parteien, die das Staatsverschuldungssystem gegen Zinsen aufrecht erhalten
  - Keine Rückzahlung von Zinsen von aushaftenden Krediten.
  - Keine Privatisierungen mehr, die die öffentliche Daseinsvorsorge in Frage stellen
  - Zinsenlose Geldbereitstellung durch die EZB an die Parlamente
  - Ausgabe dieser Geldmittel durch den Staat selbst – zinsenlos
- Die ungefragte Verschuldung der Bevölkerung ist rechtswidrig.

## Was kann der Einzelne machen?

- Informiert Euch aus alternativen Medien ! (z.B. [www.linkewoche.at](http://www.linkewoche.at) mit 50 homepages)
- Setzt Euch in einer Gruppe mit Gleichgesinnten zusammen oder schaut Euch bestehende Vereine an!
- Vernetzt Euch, denn ohne Zusammenschluss bleiben die Aktivitäten der sehr zahlreichen Einzelgruppen meist unbemerkt!
  
- Nehmt teil an Protesten bzw. organisiert selber welche! ( Unterschriftenlisten, Solidaritätserklärungen, Diskussionsveranstaltungen, Kundgebungen, Demonstrationen ...)

**Wenn TTIP ,CETA und TISA kommen, dann bestimmen nur mehr die Großkonzerne unser Leben.**